



Begleitheft Urteilsfragen

für Praxissemesterstudierende, Lehramtsnovizinnen und Lehramtsnovizen
sowie fachbegleitende Lehrkräfte

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Michael May
Peter Starke

Mitwirkende Lehrkräfte

David Groh
Christoph Schmidt

Mitwirkende Studierende

Katharina Vogt
Onur Atasayar
Louise Schöder

Inhalt

Idee und Ziel.....	6
Demokratie, Herrschaftsformen.....	9
Grundrechte	10
Staatsstrukturprinzipien.....	11
Politisches System BRD/Thüringen.....	12
Wahlen/Partizipationsmöglichkeiten.....	13
Rolle der Medien.....	14
Gesetzgebungsprozess	15
Parteienverbote.....	16
Soziale Ungleichheit	17
Sozialstaat(sprinzip)	18
Sozialer Wandel	19
EU.....	20

Globalisierung, NGOs	21
Migration	22
Nachhaltigkeit.....	23
Krieg und Frieden.....	24
Sozialisation.....	25
Zum Weiterlesen und weiterdenken	26
Die Unterstützungsmaterialien zur Unterrichtsplanung.....	27

Idee und Ziel dieses Begleitheftes

Sozialkundeunterricht hat in der Thüringer Studentafel sowohl an Regelschulen und Gymnasien als auch Berufsschulen einen fest verankerten Platz. Er setzt sich zum Ziel, die **politische Mündigkeit** der Schülerinnen und Schüler zu entwickeln. Dazu bedarf es u.a. der **politischen Urteils-kompetenz**. Um diese auszuprägen, müssen die Lernenden „politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sach- und Wertaspekten analysieren und reflektiert beurteilen“ (Thüringer Lehrplan an Gymnasien 2012).

Dieses Begleitheft bildet die schulartübergreifenden Themengebiete des Thüringer Lehrplans für Sozialkunde ab. Es richtet sich an Studierende des Praxissemesters, Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter und Lehrkräften, die vor der Herausforderung stehen, **urteilsorientierten Unterricht** zu gestalten. Darüber hinaus eignet sich das Heft für Lehrkräfte, die als Mentorinnen und Mentoren oder Ausbilderinnen und Ausbilder tätig sind

Bereits Bernhard Sutor erkannte, „politische Bildung solle dazu beitragen, das allgemein beobachtbare Meinen, Sprechen und Urteilen der Bürger über Politik rationaler zu machen, nämlich auf seine Gründe hin überprüfbar (...)“ (Sutor 1984: 46). Die Steigerung der **Fähigkeit des politischen Urteilens** kann dazu beitragen, die Qualität der politische Partizipation zu erhöhen.

In jedem Themengebiet des Lehrplans sind Urteilsituationen und damit Urteilsanlässe verborgen. Um urteilsorientierten Unterricht zu planen, kommt es darauf an, in den Themengebieten die Urteilsfrage zu rekonstruieren. Hierzu ist es mitunter hilfreich, die aktuellen politischen Problemlagen, Urteilsituationen sowie die politische Diskussion zu kennen. Denn die politischen Probleme und Herausforderungen sind die Urteilsanlässe, die auch den Unterricht tragen können.

Im vorliegenden Heft formulieren wir für die zentralen Themenfelder des Sozialkundeunterrichts **Urteilsfragen**. Diese erheben **keinen Anspruch auf Vollständigkeit und müssen oft noch konkretisiert und auf die spezifische Lerngruppe angepasst werden**. Sie sollen vielmehr Urteilsanlässe markieren und dazu anregen, eigene Urteilsfragen für den Unterricht zu konkretisieren. So vernachlässigen manche der Fragen noch einen Lebensweltbezug und werden in der hier vorgelegten Formulierung für die Schülerinnen und Schüler schwer persönliche Relevanz erlangen (siehe zur Formulierung der Urteilsfragen den **Leitfaden zur Unterrichtsplanung**).

Für die **konkrete Planung** kommt es deshalb wie immer in der politischen Bildung darauf an, **persönliche Betroffenheit und gesellschaftliche Bedeutsamkeit** miteinander zu verknüpfen. Idealerweise ermöglicht der Unterrichtsgang in einem **Dreischritt** einen konkret-lebensweltlichen Zugang zum Gegenstand, fragt dann nach anzustrebenden allgemeinen politischen Regelungen und bezieht diese wieder auf die Konsequenzen für Menschen in ihren konkreten Lebenswelten.

Das skizzierte Vorgehen wird nicht für jede Urteilsfrage passen. Zur Verdeutlichung seien aber zwei Beispiele angegeben: Zur Urteilsfrage **„Sollte es ein bedingungsloses Grundeinkommen geben?“** kann man zunächst fragen, wie sich das eigene Leben oder das Leben der Familie ändern würde. Anschließend können die unterschiedlichen Perspektiven gesellschaftlicher Akteure (Wirtschaft, Sozialverbände, Politik) auf eine solche Regelung rekonstruiert werden, um schließlich nach einer Urteilsfindung das eigene Urteil bzgl. der Konsequenzen für konkret Betroffene zu prüfen. Zur Urteilsfrage **„Sollte der Staat Menschen schädigen dürfen, um in Notsituationen andere Leben zu retten?“** kann man am Beispiel der sogenannten „Rettungsfolter“ (also Folter in Notsituationen) zunächst fragen, wie in einer konkreten Situation Polizisten handeln sollen oder wie man die Situation beurteilen würde, wenn Bekannte betroffen wäre. Danach wäre zu problematisieren, wie gesamtgesellschaftliche Regelungen (absolutes Verbot/Legalisierung in Ausnahmen) aussehen sollten, bevor man diese Urteile auf die Lebenswelt konkret handelnder Akteure bezieht (Verdächtige, Polizisten, Opfer).

Die Ziele des Begleitheftes:

- Aufzeigen von **Urteilsanlässen** und **allgemeinen Urteilsfragen** in den Themenfeldern
- Anregungen zur **Formulierung eigener Urteilsfragen** zu einzelnen Themenfeldern

Demokratie, Herrschaftsformen

Herrschaftsformen deuten darauf, **wer** die Herrschaft ausübt und **wie** diese ausgeübt wird. So unterscheidet beispielsweise bereits Aristoteles (384-322 v.Chr.) Herrschaftsformen danach, ob Herrschaft von einem Menschen, von wenigen oder allen ausgeübt wird und ob die Herrschaftsausübung jeweils dem Gemeinwohl oder dem Wohlergehen der Herrschenden dienen.

Urteilsfragen

⇒ Mit unserer Klasse auf eine Insel gestrandet: Wie wollen wir Regeln finden und durchsetzen?

⇒ Sollte der Bundeshaushalt direktdemokratisch beschlossen werden?

⇒ _____

⇒ _____

⇒ _____

⇒ _____

⇒ _____

Grundrechte

Die Grundrechte der Bundesrepublik Deutschland sind in den Artikeln 1 bis 19 des Grundgesetzes festgeschrieben und bilden die Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Sie stehen als unmittelbar geltend am Anfang des Grundgesetzes und sind Rechte, welche Menschen gegenüber dem Staat besitzen. Unterscheiden lassen sich dabei beispielsweise **Freiheitsrechte**, **Gleichheitsrechte**, **Leistungsrechte** und **Mitwirkungsrechte**.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte man die freie Meinungsäußerung beschränken, um Hassrede zu bekämpfen?
- ⇒ Sollte der Staat Menschen schädigen dürfen, um in Notsituationen andere Leben zu retten?
- ⇒ Sollten Organspenden nur auf Widerruf jedes Einzelnen ausgeschlossen werden?
- ⇒ Sollte man religiöse Symbole in der Schule verbieten?
- ⇒ Sollte es eine allgemeine Impfpflicht bei bestimmten Krankheiten geben?

- ⇒ _____

- ⇒ _____

Staatsstrukturprinzipien

Der Art. 20 Abs. 1-3 GG gilt als „Verfassung als Kurzform“. Er enthält die elementaren Bestimmungen über die Organisation des Staatswesens der Bunderepublik Deutschland. Das **Republikprinzip**, das **Demokratieprinzip** sowie die **Sozial-, Bundes- und Rechtsstaatlichkeit** werden als **Staatsstrukturprinzipien** bezeichnet und bilden das Fundament unserer Verfassung.

Urteilsfragen

⇒ Sollte Schulbildung Bundessache werden?

⇒ Brauchen wir den/die Bundespräsidenten/Bundespräsidentin oder sollte das Amt abgeschafft werden?

⇒ _____

⇒ _____

⇒ _____

⇒ _____

Politisches System BRD bzw. Thüringen

Wie im letzten Lernfeld geht es auch hier um die **institutionelle Dimension der Politik**. Im Mittelpunkt stehen die **Verfassungsorgane** und **Institutionen auf Bundes- und Länderebene** sowie deren Zusammenspiel. Auch in diesem Bereich gibt es viele Regelungen und Problembereiche, die sich als Gegenstand für eine politische Urteilsbildung eignen.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollten Ministerinnenposten und Ministerposten lediglich an parteilose „Fachleute“ vergeben werden?
- ⇒ Sollten die Abgeordneten über ein freies Mandat verfügen?
- ⇒ Wie sollten Abgeordnete entlohnt werden?
- ⇒ Sollte es eine paritätische Besetzung der Parlamente geben (Männer/Frauen)?
- ⇒ _____
- ⇒ _____
- ⇒ _____

Wahlen und Partizipationsmöglichkeiten

Politische Beteiligung kann auf unterschiedlichen Wegen erfolgen. Dazu zählen **unverfasste Formen** wie Unterschriftensammlungen oder **verfasst-konventionelle Formen** wie die Mitgliedschaft in einer Partei oder einem Verband. Auch die Teilnahme an Demonstrationen oder der Boykott von Waren sind als Partizipation zu verstehen. In der konkreten Ausgestaltung und Regelung der Partizipation ergeben sich viele Probleme, die wiederum zur politischen Urteilsbildung anregen.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte das Wahlalter auf Bundesebene auf 16 gesenkt werden?
- ⇒ Wahlsysteme - welches sollte in der Bundesrepublik gelten?
- ⇒ Wie sollten wir unsere Schülersprecherin/ unseren Schülersprecher wählen?
- ⇒ Sollte es eine Wahlpflicht geben?
- ⇒ Sollten Demonstration genehmigungspflichtig sein?

⇒ _____

⇒ _____

Rolle der Medien

Oftmals werden Medien als die „**Vierte Gewalt**“ bezeichnet. In einer Demokratie können Medien eine **Informations-, Meinungsbildungs-, Thematisierungs-, Kritik- und Kontrollfunktion** übernehmen. Ausgenommen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist die überwiegende Mehrheit der Medien in privatem Besitz. Die Gesellschaft als Wissens- und Informationsgesellschaft ist in unserer immer komplexer werdenden Welt und im Kontext der Globalisierung vermehrt auf Medien angewiesen, um Ereignisse, Entscheidungen und Prozesse verstehen zu können.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte die BRD Whistleblower schützen?
- ⇒ Sollte der Presserat über Rügen hinaus Einfluss auf Medien nehmen können?
- ⇒ Sollte die Ausstellung von Presseausweisen unter staatlicher Kontrolle stehen?
- ⇒ Sollten Upload-Filter zum Schutz geistigen Eigentums für der Politik vorgeschrieben werden?
- ⇒ Sollte die öffentlich-rechtlichen Medien über Gebühren finanziert werden?

- ⇒ _____

- ⇒ _____

Gesetzgebungsprozess

In Deutschland gibt es eine Vielzahl verschiedener Gesetzbücher und Gesetze. Tag für Tag bestimmen sie über unser Leben. Egal, ob öffentliches oder Privatleben – nahezu alles wird in Deutschland geregelt. Unsere Verfassung ist das Grundgesetz. Das BGB legt die Grundlagen für das Schuld- Sachen, Familien- oder Erbrecht. Das Strafgesetzbuch legt fest, welche Handlungen verboten sind. **Wie entstehen Gesetze? Wer ist an Gesetzgebungsprozess beteiligt? Und wer kontrolliert eigentlich deren Einhaltung?** Darum geht es in diesem Themengebiet, das abermals viele Gelegenheiten zur Urteilsbildung bietet.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte Lobbyismus verboten werden?
- ⇒ Sollte die Bundespräsidentin/ der Bundespräsident ein Initiativrecht besitzen?
- ⇒ Sollte der Gesetzgebungsprozess beschleunigt und abgekürzt werden?

⇒ _____

⇒ _____

⇒ _____

Parteienverbote

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit (...) entscheidet das Bundesverfassungsgericht“ (Art. 21 GG). Welche **Hürden** gibt es, eine politische Partei zu **verbieten**? Und warum sind diese in der BRD so hoch? Müssen radikale Parteien überhaupt verboten werden oder bringen Verbote nichts? Das sind Fragen, mit denen sich das Themengebiet beschäftigt.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte die NPD/AfD verboten werden?
- ⇒ Sollten die Voraussetzungen für ein Parteienverbot verschärft werden?
- ⇒ Sollte es Parteienverbote überhaupt geben?
- ⇒ _____
- ⇒ _____

Soziale Ungleichheit

Unterschiede gibt es in allen menschlichen Gesellschaften: Macht, Prestige oder Bildung, Wohn-, Arbeits- und Freizeitbedingungen – in all diesen Bereichen unterscheiden sich die Menschen. Sie sind also ungleich. **Ungleich** in ihren Berufen, ihrer Gesundheit oder ihrem Wohlstandes. Diese Ungleichheiten sind stets vom Menschen gemacht. Doch ist die Ungleichheit auch immer ungerecht? Was bedeutet in diesem Zusammenhang überhaupt **Gleichheit und Gerechtigkeit**?

Urteilsfragen

- ⇒ Sollten Quoten zur Gleichstellung von Frauen/Minderheiten in staatlichen und privaten Organisationen eingeführt werden?
- ⇒ Sollte der Numerus Clausus abgeschafft werden?
- ⇒ Sollte der Mindestlohn weiter angehoben werden?
- ⇒ Sollte es ein bedingungsloses Grundeinkommen geben?
- ⇒ Sollte das dreigliedrige Schulsystem zugunsten einer Schule für alle abgelöst werden?
- ⇒ _____
- ⇒ _____

Sozialstaat

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Art. 20 (1) GG). In der BRD gibt es ein **soziales Netz** in Form der Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen-, Renten- und Unfallversicherung. Der Staat kümmert sich also um die **soziale Sicherheit** seiner Bevölkerung. Wie dies genau geschieht, wird in diesem Themenkomplex analysiert.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte eine einheitliche Krankenkasse eingeführt werden?
- ⇒ Sollte die BRD eine „Bildungscard“ einführen?
- ⇒ Sollte das Renteneintrittsalter auf 70 erhöht werden?
- ⇒ Sollte Hartz IV zeitlich begrenzt werden?
- ⇒ Sollte es ein Recht auf Arbeit geben?

⇒ _____

⇒ _____

⇒ _____

Sozialer Wandel

Wir alle wurden in eine **Gesellschaft** hineingeboren. Sie war einfach da – Normalität für jedes Individuum. Die uns umgebende Gesellschaft ist für uns Routine, sie gibt uns Sicherheit und Kontinuität. Doch ist das wirklich so? Bleibt in einer Gesellschaft wirklich immer alles unverändert?

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte eine verbindliche Frauenquote in allen börsennotierten deutschen Unternehmen eingeführt werden?
- ⇒ Sollte es ein Recht auf Homeoffice geben?
- ⇒ Sollten Familien mit Kindern finanziell entlastet werden?
- ⇒ Sollte die Bundesrepublik aktiv um Zuwanderinnen und Zuwanderer werben?
- ⇒ Abschied vom Generationenvertrag—Sollte jeder/jede Einzelne sich selbst um seine Altersversorgung kümmern?
- ⇒ _____
- ⇒ _____
- ⇒ _____

EU

Die Zusammenführung der europäischen Mitgliedsstaaten seit dem Zweiten Weltkrieg hin zu der Europäischen Union, wie wir sie kennen, war eine große Herausforderung. Dabei hat die EU als Wirtschaftsraum und politische Vereinigung nicht nur für ihre europäischen Mitgliedsstaaten, sondern auch weltweit zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Mitgliedschaft in der EU stellt heute für die Bürgerinnen und Bürger einen **zentralen Bereich ihres Lebens** dar. Doch sie steht auch vor großen **Herausforderungen**.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte die EU undemokratische Mitglieder sanktionieren?
- ⇒ Sollte die EU entscheiden dürfen, wie deutsche Bauern ihre Felder düngen?
- ⇒ Soll die Türkei/Albanien/Nordmazedonien/Montenegro/Serbien Mitglied der EU werden?
- ⇒ Sollte es einen einheitlichen europäischen Mindestlohn geben?
- ⇒ Sollte die EU gemeinsame Schulden aufnehmen können?

- ⇒ _____

- ⇒ _____

Globalisierung

Die fortschreitende Globalisierung verursacht vielfältige Problemstellungen für die modernen Gesellschaften. In den Bereichen Arbeit, Politik, Umwelt, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Kommunikation führt sie zu einer zunehmenden **wechselseitigen Abhängigkeit** durch die Überwindung der ursprünglichen, historisch gewachsenen (nationalstaatlichen) Grenzen auch durch moderne Medien. Damit stellt die Globalisierung zugleich eine große **wirtschaftliche**, als auch eine **gesellschaftliche Herausforderung** für die Nationalstaaten und Staatengemeinschaften dar.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte die BRD sich für verbindliche, globale Klimaziele einsetzen?
- ⇒ Sollte die wirtschaftliche Globalisierung zurückgedrängt werden?

- ⇒ _____
- ⇒ _____
- ⇒ _____
- ⇒ _____

Migration

Im Jahr 2018 hatte etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Migration bedeutet dabei die **räumliche Mobilität** von Individuen oder Gruppen bspw. aus Gründen der Arbeitssuche oder der Flucht vor Krieg und Gewalt. Migrationsprozesse sind vielfältig und können sich durch Ein- oder Auswanderung und Stadt- oder Landflucht ausdrücken. Zuwanderung ist in unserer deutschen und europäischen Gesellschaft auch ein **demographischer Faktor** und zieht damit notwendigerweise einen sozialen Wandel nach sich.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollten Ausländerinnen und Ausländer, welche in der BRD ihren festen Wohnsitz haben, wählen dürfen? (BVerfGE 83, 37, 59 ff)
- ⇒ Wie sollte die Bundesrepublik auf die anhaltende Migration nach Deutschland reagieren?
- ⇒ Sollte es die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft geben?
- ⇒ _____
- ⇒ _____
- ⇒ _____

Nachhaltigkeit

Nachhaltiges Wirtschaften meint das Prinzip, im Zuge wirtschaftlicher Tätigkeit die ökologischen, und sozialen Grundlagen der Wirtschaft nicht zu gefährden. Dabei beschränkt sich dieses Thema nicht auf Deutschland als Nationalstaat, sondern rückt - bestärkt durch das Zusammenwachsen der zunehmend globalisierten Welt - weltweit in den Fokus. Der Klimawandel und die begrenzten Ressourcen auf der Erde verdeutlichen die Bedeutung von Nachhaltigkeit.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollten wir in Europa Klimaneutralität bereits für 2050 anstreben?
- ⇒ Sollte es eine weiter erhöhte Besteuerung von CO2 geben?
- ⇒ Soll der Kohleausstieg in der BRD bis 2030 stattfinden?
- ⇒ Sollte eine PKW-Maut auf deutschen Straßen eingeführt werden?
- ⇒ Sollte die Elektromobilität weiterhin staatlich gefördert werden?
- ⇒ _____
- ⇒ _____
- ⇒ _____

Krieg und Frieden

Heutige kriegerische Auseinandersetzungen haben ihren Schwerpunkt häufig in wirtschaftlich geschwächten Regionen mit großen sozialen Problemen. Dabei resultieren sie oft aus Konflikten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen oder zwischen Volk und Regierung. Doch nicht nur **innerstaatliche**, auch **internationale Konflikte** erfordern Aufmerksamkeit. Dabei treten Fragen der **globalen Ressourcen** immer wieder in den Vordergrund.

Urteilsfragen

- ⇒ Ist eine weitere NATO-Osterweiterung erstrebenswert?
- ⇒ Wie sollte der UN-Sicherheitsrat reformiert werden?
- ⇒ Welche Maßnahmen sollten gegen internationalen Terrorismus ergriffen werden?
- ⇒ Sollte die BRD sich an Friedensmissionen im Ausland beteiligen?
- ⇒ Sollte die Bundesrepublik Drohnen anschaffen und einsetzen?
- ⇒ Sollte die Bundesrepublik Waffenverläufe ins Ausland grundsätzlich verbieten?

- ⇒ _____

- ⇒ _____

Sozialisation

Unter Sozialisation wird die **Eingewöhnung in gesellschaftlich gemeinhin anerkannte Denkmuster** durch Übernahme von sozialen Normen verstanden. Dieser Prozess soll Individuen befähigen, mit anderen Individuen oder Gruppen sozial zu interagieren. **Klassische Sozialisationsinstanzen** sind dabei die Familie sowie vertraute Lebensgruppe, Kindergarten, Schule, Peers, die Nachbarschaft und auch der Arbeitsplatz. Die **primäre bis tertiäre Sozialisation** vollzieht sich über das gesamte Leben des Individuums und beinhaltet verschiedene Arten der Sozialisation: Sie reichen von grundlegenden Handlungsfähigkeiten und Basiskompetenzen über die Differenzierung dieser und damit die Möglichkeit der Anpassung an neue Gelegenheiten.

Urteilsfragen

- ⇒ Sollte die allgemeine Schulpflicht abgeschafft werden?
- ⇒ In welchen Fällen sollten Kinder aus Familien genommen und in staatliche Obhut gegeben werden?
- ⇒ _____
- ⇒ _____

Zum Weiterlesen

Thüringer Lehrplan für Sozialkunde an Gymnasien 2012.
Thüringer Lehrplan für Sozialkunde an Regelschulen 2012.

Sutor, Bernhard (1984): Neue Grundlegung politischer Bildung, Band II Ziele und Aufgabenfelder des Politikunterrichts, Paderborn.

Zum Weiterdenken

Gagel, Walter (2000): Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts, Opladen, Kap. 3.

Die Unterstützungsmaterialien zur Unterrichtsplanung für Mentor/innen und Lehramtsnovizen

Planungskalender

Starke, Peter; Ziegler, Mario (2022): Der Unterrichtskantianer. Ethisches Lernen urteilssensibel planen, durchführen und reflektieren. Jena.

John, Anke; Starke, Peter (2022): Der Unterrichtstrojaner. Historisches Lernen urteilssensibel planen, durchführen und reflektieren. Jena

May, Michael; Starke, Peter (2022): Der Unterrichtsarendtianer. Politisches Lernen urteilssensibel planen, durchführen und reflektieren. Jena

May, Michael: Der Unterrichtshabermasianer. Politisches Lernen handlungsorientiert planen, durchführen und reflektieren. Jena (folgt bald)

Begleithefte zur Unterrichtsplanung

Begleitheft „Das Praxissemester im Fach Sozialkunde“

Begleitheft „Planung, Durchführung, Reflexion urteilsorientierten Sozialkundeunterrichts“

Begleitheft „Urteilsfragen“

Begleitheft „Planung, Durchführung, Reflexion handlungsorientierten Sozialkundeunterrichts“

Begleitheft „Handlungsanlässe“

KONTAKT

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung
Projekt PROFJL² - Ausbildung der Ausbilder

Herausgeber und Herausgeberinnen

Prof. Dr. Michael May

Peter Starke

Jena 2023

E-Mail: zlb@uni-jena.de

ZLB | Fotos: www.pixabay.com

Layout nach einer Vorlage der Abteilung Hochschulkommunikation

**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA** PROFJL²



www.zlb.uni-jena.de

PROFJL² wird im Rahmen der gemeinsamen „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.